

Resolution 1

Familien und Eigentum schützen, Wohneigentum fördern, Erbschaftssteuer abschaffen, GEG stoppen!

Wohneigentum? Für den Normalbürger nicht mehr finanzierbar! Entgegenwirken der Bundespolitik? Fehlanzeige. Normalverdiener müssen wieder Wohneigentum schaffen und Familienerbe antreten können! Wir brauchen gezielte Förderung zur Bildung von Wohneigentum. **Die existenzgefährdende Erbschaftssteuer muss unverzüglich abgeschafft werden**, weil immer mehr Erben das Familienerbe und Elternhaus nicht mehr übernehmen können und verkaufen müssen, um die Erbschaftssteuer bezahlen zu können. Dies führt auch zu steigenden Mieten und Bauzurückhaltung.

Das geplante Gebäudeenergie-Gesetz (GEG) führt in vielen Fällen zu massivem Sanierungsaufwand und damit zu einer existenzgefährdenden Kostenlawine für Hausbesitzer und in der Folge auch für Mieter. Das Quasi-Verbot für Holzheizungen ist eigentumsfeindlich und umweltpolitisch kontraproduktiv, weil damit erneuerbare Energieträger durch fossilen Kohlestrom ersetzt werden anstatt umgekehrt.

Die Ampel beschleunigt durch das Jahressteuergesetz 2022 den Ausverkauf unserer Heimat – aus 10.000 Euro Erbschaftssteuer wurden über Nacht zum 1. Januar 2023 60.000 Euro! Von den Medien weitgehend unbeachtet, hat die Bundesregierung letztlich die Steuerlast für Erben massiv erhöht. Für Normalverdiener ist das nicht zu bezahlen – oftmals bleibt nur der Verkauf des Elternhauses.

Das vom Bundeskabinett beschlossene Gebäudeenergie-Gesetz ist der nächste Schlag gegen alle Immobilien-Besitzer. **Millionen Bürger werden sich den erzwungenen Heizungsaustausch, der oftmals nur in Kombination mit einer aufwändigen und kostspieligen Komplettsanierung, gerade bei älteren Häusern im ländlichen Raum, zu bewerkstelligen ist, nicht leisten können und ihr Eigentum verlieren.** Millionen weitere Bürger werden gezwungen, ihre Altersvorsorge aufzubrauchen. Betroffen ist wiederum der Normalverdiener, Bayerns Mittelstand, der Motor unseres Freistaats, diejenigen, die ihr Leben lang hart gearbeitet und fürs Alter vorgesorgt haben. Diese große Ungerechtigkeit, diesen Feldzug gegen das Eigentum, wollen die FREIEN WÄHLER nicht akzeptieren. Der akute Handwerker-Mangel, der ein solches, nicht finanzierbares, unsoziales Unterfangen unmöglich macht, unterstreicht die Realitätsferne der ideologischen Ampel-Politik.

Im Detail fordern die FREIEN WÄHLER:

1. die komplette Abschaffung der Erbschafts- und Schenkungssteuer,
2. die Rücknahme des Jahressteuergesetzes,
3. den Erhalt von Heimat und Familien-Immobilien,
4. das Gebäudeenergie-Gesetz (GEG) zu stoppen,
5. Eigentum zu schützen und dem Ausverkauf unserer Heimat (auch an ausländische Fonds) einen Riegel vorzuschieben,
6. die Neuaufgabe eines Fonds, steuerliche Anreize und die Subventionierung zur Unterstützung von Familien, die ein Eigenheim erwerben möchten.